Krupp darf keine Schiffskessel für Argentinien bauen.

Paris, 28. Jan. Londoner Meldungen hatten bereits die Tatsache bekanntgegeben, daß dem Hause Krupp die Lieferung von Kesseln für die argentinischen Kriegsschiffe verboten werden solle. Der Quai d'Orsay teilte gestern abend mit, daß eine eigentliche Note an die deutsche Regierung in dieser Angelegenheit nicht gerichtet worden sei, aber am 29. Dezember vorigen Jahres habe die Botschafterkonferenz erfahren, daß Krupp sich um die Kesselliefernng beworben habe, weshalb dem deutschen Botschafter in Paris mitgeteilt wurde, daß die Botschafterkonferenz der Anschauung sei, daß die Durchführung eines solchen Auftrages durch Krupp dem Artikel 192 des Versailler Vertrages widersprechen würde. Auch der argentinischen Regierung wurde auf diplomatischem Wege mitgeteilt, daß die Alliierten nicht zulassen könnten, daß eine deutsche Firma Kriegsmaterial erzeuge und ausführe. Die argentinische Regierung habe diesen Standpunkt eingesehen. In Paris hat man, wie der „Petit Parisien" heute sagt, den Eindruck, daß man in Deutschland nachgegeben hätte.

Die Botschafterkonferenz berät die deutsche Note.

Berlin, 28. Jan. Die „Börsenzeitung" berichtet aus Paris: Morgen findet eine Sondersitzung der Botschafterkonferenz statt, in der die deutsche Antwort auf die interalliierte Note in der Frage der Kölner Zone beraten werden soll.

600 Millionen für die Ruhrindustrie.

Berlin, 28. Jan. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, worin gegen ein Abkommen der „Ruhrkohle-A.-G." mit dem Reiche protestiert wird, auf Grund dessen die Ruhrindustrie Entschädigungen von 600 Millionen Goldmark verlangt. Das Reich habe prinzipiell die Entschädigungsverpflichtung zugestanden. In dieser Entschädigungssumme sei nicht nur der tatsächlich erlittene Schaden, sondern auch der entgangene Gewinn einkalkuliert, ferner seien bei der Bemessung weder die gewaltigen Gewinne der Ruhrindustrie durch Papiermarkkredite der Reichsbank, noch die bisher bereits gezahlten Entschädigungen, die sogenannten Lohnsicherungen berücksichtigt worden. Es stellt sich also heraus, daß die Millionen der kleinen Geschädigten, die mit Pfennig-Entschädigungen abgespeist wurden, weit schlechter behandelt werden als die kapitalkräftige Ruhrindustrie. Das Schreiben fordert infolgedessen, daß die Ausführung der mit der Ruhrkohle-A.-G. geschlossenen Vereinbarungen sofort eingestellt und dem Reichstag Gelegenheit gegeben werde, sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen.

Wirtschaftsverbände gegen eine weitere Aufwertung.

Berlin, 28. Jan. Am 28. Januar werden die Spitzenverbände der Landwirtschaft, der Industrie, des Großhandels, der Schiffahrt, des Handwerks und Bankwesens beim Reichswirtschaftsministerium zusammenkommen, um seine Aufmerksamkeit auf die währungspolitischen Wirkungen zu lenken, die aus einer über die dritte Steuernotverordnung hinausgehenden Aufwertung von Hypotheken, Anleihen, Obligationen und sonstigen Privatforderungen als einer uferlosen Erweiterung des Kreises der aufwertungsfähigen Privatforderungen ergeben müssen. Zustimmung des Vertreters des Reichsbankdirektoriums wurde von allen Verbänden betont, daß eine weitere Aufwertung die Grundlagen der Währungsstabilisierung sowie die in den Goldbilanzen vorgelegenen Unterlagen des Kredites der Wirtschaft im In- und Auslande ernstlich gefährden müsse, und daß im weiteren Verfolg solcher Maßnahmen die Steuerkraft der Bevölkerung vor unerfüllbare Ansprüche gestellt würde. Die Verbände stellten die Forderung, daß an der Grundlage der dritten Steuernotverordnung unter allen Umständen festgehalten werden müsse. Sie richteten an den Reichswirtschaftsminister die Bitte, dem Reichstag ihren Wunsch zu übermitteln und zur Vertretung ihrer Auffassung vor dem Aufwertungsausschuß des Reichstages Gelegenheit zu nehmen.

Wieder einer.

Berlin, 29. Jan. Der Direktor der Landespfandbriefanstalt, Geheimer Regierungsrat Nehring, ist unter Verzicht auf Pension und alle sonstigen ihm als preußischen Beamten zustehenden Rechte aus seinem Amte ausgeschieden. Nehring soll unter Ueberschreitung seiner Befugnisse Geschäfte gemacht haben, die mit den eigentlichen Aufgaben der Landespfandbriefanstalt, nämlich der Hergabe von Geldern gegen erstklassige hypothekarische Unterlagen, nichts zu tun gehabt haben und mit sehr großen Verlusten abgeschlossen hätten. Die Summe, um die die Landespfandbriefanstalt geschädigt worden ist, soll sich auf 3 bis 5 Millionen Mark belaufen.

Die Zusammenstöße zwischen Reichsbanner und Kommunisten.

Ueber 20 Verletzte.

Berlin, 28. Jan. Die Zusammenstöße zwischen den Kommunisten und den Mitgliedern des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold", die im Anschluß an die Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Potsdamer- und in der Lindenstraße stattfanden, sind zum Teil recht schwerer Art gewesen. Auf Seiten des Reichsbanners sind bisher über 20 Verletzte festgestellt, während auf Seiten der Kommunisten in der Potsdamerstraße fünf Personen Verletzungen davongetragen haben. Die Kommunisten haben ihre Verletzten überall in Sicherheit gebracht, um sie den polizeilichen Feststellungen zu entziehen. Aus diesem Grunde läßt sich eine genaue Uebersicht über die Gesamtzahl der Verletzten kaum herstellen. Nach Mitteilung des Reichsbanners haben die Kommunisten die Ueberfälle planmäßig vorbereitet.

Zia Bey in Albanien ermordet.

Stutari, 28. Jan. Der Präsident des albanischen Aufstandskomitee Zia Bey ist in Tirana ermordet worden. Der Mörder wurde ergriffen, riß sich jedoch los und mußte auf der Flucht erschossen werden.

Politische Rundschau.

Erweiterung der Erwerbslosenfürsorge.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen kann der Reichsarbeitsminister solche Arbeitnehmer, deren Einkommen über die Grenze der Krankenversicherung hinausgeht, zu Pflichtbeiträgen für die Erwerbslosenfürsorge heranziehen. Die sächsischen Handelskammern haben erfahren, daß der Reichsarbeitsminister von dieser gesetzlichen Ermächtigung Gebrauch machen will. Sie haben deshalb der sächsischen Regierung gegenüber darauf hingewiesen, daß damit eine neue Belastung durch unproduktive Ausgaben verbunden sei. Abgesehen davon, daß die Heranziehung der nicht Krankenversicherungspflichtigen zu Beiträgen der Arbeitslosenfürsorge den Arbeitgeberanteil erheblich erhöhen würde, könne eine solche Ueberschreitung der Versicherungspflichtgrenzen bei etwaiger Schaffung einer Arbeitslosenversicherung bedenkliche Weiterungen verursachen. Es liege aber auch kein Grund vor, den Wirkungsbereich der Erwerbslosenfürsorge weiter als den der Krankenfürsorge auszudehnen, ebenso wie sich diejenigen Arbeitnehmer, deren Einkommen die Pflichtgrenze für die Krankenversicherung übersteige, aus eigenen Mitteln an der Krankenversicherung beteiligen müßten, müßte auch in der Erwerbslosenfürsorge verfahren werden. Auch hier habe der besser Bezahlte dafür zu sorgen, daß er sich durch Ersparnisse vor den Folgen etwa eintretender zeitweiliger Erwerbslosigkeit schütze. Keinesfalls könne es aber den Arbeitgebern zugemutet werden, für solche Fälle beitragspflichtig gemacht zu werden. Die sächsische Regierung ist gebeten worden, bei der Reichsregierung gegen die beabsichtigte Erweiterung der Erwerbslosenfürsorge Schritte zu unternehmen.

Vom Nitzschekonzern.

Bei der Stadtbank in Dresden, die neben drei anderen Banken Kredite an den Nitzschekonzern gewährt hat, handelt es sich um Kreditgewährungen gegen Pfänder, die jedoch durch betrügerische Manipulationen Nitzsches zum Teil unterschlagen sind. Ueber die Höhe der Verluste lassen sich zurzeit noch keine genauen Angaben machen. Der Konkurs über den Nitzschekonzern ist seitens der in Mitleidenschaft gezogenen Bank noch nicht beantragt.

Aus dem Thüringischen Landtag.

Weimar, 28. Jan. In der heutigen Landtagssitzung kam es bei der Beantwortung einer kommunistischen Interpellation über die gegen die Kommunistische Partei gerichteten Maßnahmen zu schweren Auseinandersetzungen zwischen den Kommunisten und der Regierung. Die Kommunisten erklärten, daß sie nicht eher ruhen würden, bis sie bewaffnet oder unbewaffnet die Regierung gestürzt hätten. Eine kommunistische Abgeordnete wurde wegen verschiedener Zwischenrufe von der Sitzung ausgeschlossen. Die sozialdemokratische Fraktion übte ebenfalls schärfste Kritik an den Maßnahmen der Regierung und griff besonders den Leiter des Landeskriminalamts, Oberregierungsrat Nietsch, heftig an.

Ein Kompromiß über die Staatspräsidentenwahl in Hessen?

Frankfurt a. M., 28. Jan. Wegen der morgen stattfindenden Wahl des hessischen Staatspräsidenten ist man zu einer Vereinbarung gekommen. Man geht von der Erkenntnis aus, daß das Zentrum nicht mehr für die Wiederwahl Ulrichs oder für die Wahl eines anderen Sozialdemokraten zu haben sein werde, andererseits aber keine der Rechtsparteien Aussicht habe, einen Mann aus ihren Reihen durchzubringen. So hat man sich dahin geeinigt, einen Kandidaten in Vorschlag zu bringen, der durch seine politische Vergangenheit die Gewähr dafür bietet, daß es ihm möglich ist, die widerstreitenden Parteien und Meinungen zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen. In erster Linie kommt hierfür der Oberbürgermeister von Mainz Dr. Külb in Frage, der der demokratischen Partei angehört.

Arbeiteraussperrung in Hessen.

Darmstadt, 28. Jan. Heute wurden die streikenden Holzarbeiter, Sattler, Tapezierer usw. im Landesverband Hessen fristlos entlassen. Die Betriebe sind von morgen ab geschlossen.

Die saarländische Industrie gegen die Frankenwährung.

Saarbrücken, 28. Jan. Die saarbrückener Handelskammer hat sich in ihrer Vollsitzung entschieden gegen die vom französischen Finanzminister Clementel geplante Einführung einer neuen Saarwährung ausgesprochen. Es kam dabei einstimmig die Ansicht zum Ausdruck, daß eine erneute Umstellung auf den Saarfranken zu schweren wirtschaftlichen Erschütterungen im Saargebiet führen müßte, sie wäre auch in keiner Weise durch den Versailler Vertrag begründet.

Protestkundgebung der Katholiken Elsaß-Lothringens.

Mainz, 28. Jan. In einer großen Versammlung der Katholiken Lothringens wurde gegen die Aufhebung der französischen Botschaft beim Vatikan schärfster Protest erhoben und die Aufrechterhaltung der religiösen Freiheit sowie der konfessionellen Volksschule gefordert. Dem Papst wurde eine Ergebenheitsadresse übersandt.

Eine internationale parlamentarische Handelskonferenz.

Rom, 28. Jan. Die 11. Internationale parlamentarische Handelskonferenz findet vom 16. bis 18. April in Rom statt. Hierzu werden 300 Abgeordnete von 40 Parlamenten erwartet. Der italienische Delegiertewird über internationale Eisenbahnabkommen und internationale Bestimmungen für den Lufthandelsverkehr berichten.

Karlsruhe, 28. Jan. Die Rede des Prof. Freiherrn v. Bieberstein bei der Reichsgründungsfeier der Universität Freiburg enthielt schwere Ausfälle gegen den jetzigen Staat. Das Unterrichtsministerium hat daraufhin von dem Redner das Manuskript seiner Rede eingefordert. Der Professor hat dies abgelehnt. Hierauf ist gegen ihn das Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Aus Stadt und Land.

Aue, 29. Januar 1925.

Ein größerer Kohlendiebstahl ist gestern abend nach Anbruch der Dunkelheit auf dem hiesigen Güterbahnhofe verübt worden. Unbekannte haben einen mit 50 Zentner Kohlen beladenen Wagen unbemerkt weggefahren, an unbekanntem Orte entladen und den leeren Wagen während der Nacht in die Schulstraße hinter Café Temper gestellt. Heute früh stand dann der Wagen wieder an seiner alten Stelle auf dem Güterbahnhof. Die Kriminalpolizei hat nun ein lebhaftes Interesse zu erfahren, wo die Kohlen abgeladen worden sind, um den Spitzbuben auf die Spur zu kommen. Zweckdienliche Wahrnehmungen wolle man ungesäumt der Kriminalabteilung mitteilen.

Vorträge. Heute Donnerstag abend 8 Uhr hält Herr Dr. Kropatschek vom Allgem. Ev.-luth. Schulverein im Gemeinschaftshaus zu Aue einen aufklärenden Vortrag über Schulfragen, worauf wir Interessenten aufmerksam machen.

Arbeitsjubiläum. Bei der Firma Erdmann Kircheis feierte heute der Eisendreher William Teuöner aus Aue sein 25jähriges Arbeitsjubiläum. Der Jubilar wurde durch Glückwünsche und Geschenke seiner Mitarbeiter und der Inhaber der Firma ausgezeichnet.

Verstoß gegen das Arbeitszeitgesetz. Eine wichtige Entscheidung für Arbeitgeber fällte das Leipziger Schöffengericht. Am Mittwoch hatte sich der Prokurist Oscar Heinze der Firma G. B. Teubner, Leipzig, wegen Verstoßes gegen die Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes zu verantworten. Die Firma Teubner hatte mit Genehmigung der Angestellten und Betriebsräte sowie mit Genehmigung der Arbeiter und Arbeiterinnen im Jahre 1924 mehrere Wochen wegen dringender Lieferung von Schulbüchern Ueberstunden gegen Mehrbezahlung arbeiten lassen. Der Vertreter der Firma erklärte, daß er nur mit Genehmigung der Arbeiter und Arbeiterinnen und mit Genehmigung des Angestellten- und Betriebsrates einige Wochen wegen dringender Aufträge habe mehr arbeiten lassen. Das Gericht hielt es trotzdem für einen schweren Verstoß gegen das Arbeitszeitgesetz und verurteilte den Prokuristen wegen Vergehens nach Paragraph 137 der Gewerbeordnung zu 100 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten.

Keine Apfelsinenschalen auf die Straße werfen! Mit der vermehrten Einfuhr von Apfelsinen ist bedauerlicherweise wieder zu beobachten, daß Apfelsinenschalen von erwachsenen Personen wie von Kindern auf die Straße geworfen werden. Hierdurch entsteht die Gefahr, daß Straßengänger, insbesondere alte und gebrechliche Personen, ausgleiten und Schaden an ihrer Gesundheit erleiden. An alle Eltern und Erzieher ergeht daher der Aufruf, aufklärend auf die Jugend einzuwirken, wobei gleichzeitig darauf hingewiesen wird, daß das Wegwerfen von Obstschalen, worunter auch Apfelsinen- und Bananenschalen fallen, verboten ist.

Von der Synode. Die kommende Synode wird sich bei der Neuregelung des Pfarrerwahlrechts auch mit der Frage zu befassen haben, ob ein Geistlicher wider seinen Willen auf Wunsch der Gemeinde versetzt werden kann. Daß dieser Fall praktisch wird, beweist eine Eingabe der Gemeinde Schönfeld bei Großenhain an die Synode, worin diese ersucht wird, die Versetzung des Ortsgeistlichen herbeizuführen. Es handelt sich um den Leiter des Presseausschusses der Freien Volkskirchlichen Vereinigung Pfarrer Mehlhose. (Da wird sicher ein bißchen Hetze hinter der Eingabe stecken.)

Wohin fuhr die Feuerwehr? In einem sächsischen Dorf gibt es, wie in allen größeren Orten, eine freiwillige Feuerwehr, die selbstverständlich jederzeit bereit ist, anderen Ortschaften in Feuersgefahr zu Hilfe zu eilen. Aber freiwillige Feuerwehrleute haben meist Ehefrauen, die nicht immer der steten Bereitwilligkeit und Hilfsbereitschaft vertrauen und hinter etwaigen Ausfahrten leicht eine andere Art von Brandlöschung wittern, als sie eigentlich Aufgabe der freiwilligen Feuerwehrleute ist. So konnte es kommen, daß mehrere Frauen von Feuerwehrleuten aus besagtem Ort an eine Zeitung folgende Zeilen richteten: „Könnten Sie uns Auskunft geben, wo unsere Wehr beim Brande in D. geblieben ist? Unsere Feuerwehr ist Sonnabend abend um ½6 Uhr hier mit der Spritze abgerückt und ist doch laut ihrem Bericht nicht anwesend gewesen. Die Männer sind aber erst Sonntag früh um 2 Uhr heimgekehrt." Ja, wohin fuhr nun die Feuerwehr?

Erzgebirge und Sachsen.

Zschorlau. Heimlich entfernt. Zwei Lehrlinge eines hiesigen Mühlenbesitzers haben sich vor einigen Tagen nächtlicherweise unter Mitnahme verschiedener ihrem Lehrherrn gehörigen Sachen heimlich entfernt. Es wird angenommen, daß sich die beiden Burschchen Arbeit suchend oder bettelnd in der Umgegend herumtreiben. — Verkehrsstörung. Der anhaltende Schneefall am Sonnabend belastete die Telephonleitungen so stark, daß eine große Anzahl Drähte innerhalb des Ortes, vor allem über dem Postamt, zerrissen. Telephonische Verbindungen waren infolgedessen unterbrochen. Mit der Wiederinstandsetzung der Leitungen ist man eifrig beschäftigt.

Zschorlau. Gustav-Adolf-Verein. Montag nachmittag fand hier die Hauptversammlung des Neustädtler Zweigvereins der Gustav-Adolf-Stiftung, der die Kirchspiele Albernau, Bockau, Neustädtel und Zschorlau umfaßt, statt. Der Vorsitzende Pfarrer Brahm-Neustädtel berichtete über die Jahresarbeit 1924, über die Tätigkeit des Leipziger Hauptvereins und dessen Jahresfeier in Zschorlau, der langjährige Kassierer Oberlehrer Müller-Neustädtel über die Kassenverhältnisse. Im Jahre 1923 wurden gesammelt 87 Billionen und abgeliefert 75 Billionen Mark, im vorigen Jahre betrug das Sammelergebnis 227 Goldmark, hiervon wurden 210 Goldmark für das Liebeswerk verwendet. Es trugen bei: Albernau 40, Zschorlau 50 und Neustädtel 137 Mark. Es wurde u. a. beschlossen, in Bockau oder in Albernau ein Jahresfest abzuhalten und den Vorstand um mindestens zwei Mitglieder für jede Kirchfahrt zu erweitern.